Sitzungsvorlage

Nr.: 2020/604

Antrag

Antrag vom beratenden Mitglied Michael Ketzenberg vom 28.08.2020 zur KJR-Vollversammlung bzgl. § 8 a SGB VIII - Kindeswohl - Führungszeugnis - Selbstverpflichtung

Jugendhilfeplanungsgruppe	03.09.2020	TOP
Jugendhilfeausschuss	10.09.2020	TOP

Mail von Herrn Ketzenberg von 28.08.2020

Nachrichtlich zur Kenntnis an:
Stefan Hauberg, KJR

Liebe Frau Schulz, lieber Matthias, lieber Klaus-Peter,

von der letzten KJR-Vollversammlung geht mir noch die Frage zum §8a - Kindeswohl - Führungszeugnis - Selbstverpflichtung nach. Dazu einige Anmerkungen, zunächst inhaltlich: Ich bin der Überzeugung, daß man in der Entscheidungsfindung differenzieren muß. Die Anfrage von Andreas Heins von der JF Elbtalau war da schon deutlich und berechtigt. Zum einen, da ein Führungszeugnis auch nur eine Momentaufnahme ist, zum anderen aber auch, weil die Hürde zur Mitarbeit von Ehrenamtlichen sehr groß werden wird - und gleichzeitig der Aufwand für die Träger und Verbände. Bei den Großen evtl. noch machbar, bei den Kleinen vielleicht schon Überforderung. Bei der großen Anzahl ehrenamtlicher (vor allem auch jugendlicher) Mitarbeiter sehe ich da Schwierigkeiten. Er hat selbst die Zahlen der Ehrenamtlichen in der Jugend- und Kinderfeuerwehr genannt, ich die in der Evangelischen Jugend. Das wird eine Flut von Führungszeugnissen. Und eine Flut von Arbeit für die Träger. Und eine Hemmschwelle für Ehrenamtliche, die sich eigentlich nur unproblematisch engagieren wollen. Wir hatten das alles in der Vergangenheit schon mehrfach durchgekauft. Differenzierung heißt für mich zum Beispiel: Unterscheidung zwischen (jugendlichen) Ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeitern - evtl. auch Ernstnehmen der JuLeiCa-Ausbildung (da steckt professionelle Schulung (auch zum §8) dahinter und ist nicht nur eine Plastikkarte). Und man muss sich noch einmal fragen: Ist Selbstverpflichtung bei ehrenamtlichen JuLeiCa-Leuten nicht doch ein wirksames Instrument - zumal damit ja auch gewährleistet sein kann, daß die Problematik mit den ehrenamtlichen regelmäßig und wiederholend thematisiert wird (was beim Führungszeugnis, dessen Einholung nur ein Verwaltungsakt ist, ja nicht zwangsläufig gegeben ist)?! Daß es ein Führungszeugnis von beruflichen bezahlten angestellten Mitarbeitern geben sollte, steht dabei für mich außer Frage.

Und jetzt noch organsiatorisch:

Am Meisten hat mich geärgert, daß in der Runde seitens der Verwaltung einfach Fakten gesetzt wurden. Wir haben in Planungsgruppe, Ausschuß und KJR schon einen (jahre-)langen Weg zu dem Thema hinter uns. Es gab bereits vor Jahren bereits eine Infoveranstaltung in Wittfeitzen mit dem Landesjugendring, den Verbänden, dem Kreisjugendring, dem Fachdienst. Dort wurden bereits Handlungsempfehlungen genannt. Weiterhin gab es im Laufe der Jahre mehrmals Überlegungen dazu in der Planungsgruppe und immer wieder Nachfragen von den Verbänden (durch mich) im Ausschuß. Häufig habe ich dazu anfangs noch mit Wolfgang Müller und Manfred Jucks, später dann mit Martina Jahn zusammen gesessen. Diese Überlegungen sind aber immer wieder mal im Sande verlaufen. Bisher sind wir immer in allen Punkten der Jugendpflege gemeinsame Wege gegangen und haben gemeinsam überlegt. Auch in dieser Frage gilt, was in Ausschuß und Planungsgruppe gebetsmühlenartig wiederholt wird: Jugendamt sind Verwaltung und Ausschuß gemeinsam. Das in dieser speziellen Frage darüber hinaus die freien Träger und Verbände in der Jugendpflege gehört und mit beteiligt werden sollten, gehört für mich zur Selbstverständlichkeit und geschieht auch im Sinne der Zusammenarbeit, wie wir sie bisher gekannt und gepflegt haben. Es kann nicht sein, daß seitens der Verwaltung jetzt einfach etwas rüber kommt im Sinne von "Das machen wir jetzt einfach so".

Daher **beantrage** ich als Ausschußmitglied, die Thematik wieder auf die Agenda von Planungsgruppe und Ausschuß zu setzen und in dem Zusammenhang auch den Vorstand des KJR (mindest-

tens in Person des ersten Vorsitzenden) als Vertretung der Verbände in Beratungsgesprächen zu beteiligen.

Freundliche Grüße,
Michael Ketzenberg

----- Pastor Michael Ketzenberg Riemannstraße 2 29479 Breselenz Fon
05864-986373 Fax 05864-986377 eMail mketzenberg@web.de www.evangelisch-im-wendland.de

Stellungnahme der Verwaltung:

Anlässlich der Vollversammlung des Kreisjugendringes hat der Kreisjugendpfleger Mathias Niebuhr von einem Präventionsprojekt des Landkreises zum Thema sexualisierte Gewalt berichtet. In diesem Zusammenhang wird es Web-Seminare und Broschüren geben, mit denen für das Thema sensibilisiert werden soll und in denen zu diesem Thema alles Wissenswerte zu finden sein wird.

Mit dem Ehrenamt wird das Thema Schutzkonzepte intensiver bearbeitet werden, nachdem es im Landkreis bereits 14 offizielle Fälle von Übergriffen in diesem Bereich gegeben hat. Beispielhaft wurde das Thema erweiterte Führungszeugnisse genannt. Ferner wurde betont, dass das ein Baustein sein wird in einem möglichen Schutzkonzept. Auch zum Thema Schutzkonzeption wird es Web-Seminare für die Akteure im Landkreis geben. Mit dem Vertreter des KSB wurde zu diesem Thema schon im letzten Jahr begonnen Gespräche zu führen, um die Sportvereine einzubeziehen. Leider hat Corona dann die weitere Entwicklung ausgebremst.

Hauptamtliche müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen, wenn sie mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, Ehrenamtliche in bestimmten Fällen. Differenzierung hier heißt: Unterscheiden nach Art, Umfang, wie intensiv ist der Kontakt, gibt es Altersunterschiede, Machtverhältnisse usw. in der Tätigkeit. In einem Aushandlungsprozess zwischen dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe und den freien Trägern der Jugendhilfe und den Vereinen wird dann festgelegt, für welche Tätigkeiten ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen ist. Der Gesetzestext im § 72a SGB VIII gibt vor, dass der öffentliche Träger sicherstellt, dass im Ehrenamt, bei freien Trägern der Jugendhilfe und in Vereinen niemand mit einschlägigen Vorstrafen mit Kindern und Jugendlichen arbeitet. Dafür wird als Tool zur Überprüfung das erweiterte Führungszeugnis für die ausgehandelten Tätigkeiten benannt. Es ist nicht davon auszugehen, dass durch den Erwerb der JuLeiCa und/oder einer Selbstverpflichtungserklärung die gleiche Schutzfunktion an dieser Stelle erreicht werden kann (Nochmal: Der Ausschluss einschlägig vorbestrafter Personen von der Kinder- und Jugendarbeit). Die JuLeiCa Ausbildung ist gut. Es ist gut, dass die JuLeiCa Ausbildung auch grundlegende Informationen zur Kindeswohlgefährdung und dem Recht auf Beratung in einer solchen Situation bietet (§8a/b SGB VIII). Darum geht es hier nicht. Sie stellt nicht sicher, dass niemand mit einschlägiger Vorstrafe angestellt wird – und darum geht es hier:

*„Übrigens sollte auch von **Ehrenamtlichen ein erweitertes Führungszeugnis** verlangt werden, wenn diese Kinder oder Jugendliche beaufsichtigen, betreuen, erziehen, ausbilden sollen oder einen vergleichbaren Kontakt zu Kindern und Jugendlichen haben sollen (§ 72a Absätze 3 und 4 SGB VIII).“ (Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs)¹*

Die fortlaufende Sensibilisierung ist ein weiterer wichtiger Baustein in einem Schutzkonzept. JuLeiCa + Sensibilisierung + Selbstverpflichtung sollten weitere Instrumente sein, die unbedingt zu begrüßen sind – kein entweder oder, ein sowohl als auch muss hier angestrebt werden. Eingebettet in ein Schutzkonzept ist das Einfordern eines erweiterten Führungszeugnisses für die entsprechenden Tätigkeiten nur ein Baustein von vielen, die zusammen für die schwächsten Mitglieder in unserer Gesellschaft den bestmöglichen Schutz vor sexueller Gewalt und Missbrauch bieten sollen und als Qualitätskriterium in der Kinder- und Jugendarbeit anzusehen sind.

Natürlich wird zusätzliche Arbeit auf die Träger zukommen, allerdings bereitet eine Selbstverpflichtung auch Arbeit, muss eingeholt und aufbewahrt werden. Das alles muss bei den Aushandlungsprozessen geplant werden.

Die 14 offiziellen Fälle im Landkreis Lüchow-Dannenberg zeigen allerdings, dass die einer Selbstverpflichtung zugrunde liegende erforderliche Haltung nicht immer gegeben ist. Selbst eine Überprüfung der Führungszeugnisse bietet keinen ausreichenden Schutz, aber zumindest bereits verurteilte Täter werden im Vorfeld abgehalten, über das Ehrenamt mit Kindern in Kontakt zu kommen.

Es gibt viele Vereine/Verbände, die bereits erweiterte Führungszeugnisse als ein Mittel nutzen, z.B. THW Jugend², Evangelische Kirche in Deutschland¹, Deutsche Sportjugend².

² Vgl. Kindeswohl (2020): in: *THW-Jugend e.V.*, [online]
<https://thw-jugend.de/ueber-uns-2/kindeswohl/> [31.08.2020].

In den letzten Monaten ist bundesweit deutlich geworden, dass die bisherigen Regelungen und Instrumente im Kinderschutz bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder nicht ausreichen. Vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz liegt ein aktueller Referentenentwurf für ein Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vor. Der Einführungstext zu diesem Gesetzesentwurf ist anliegend beigefügt. Er beinhaltet u.a. eine Änderung der Straftatbestände mit einer deutlichen Verschärfung des Strafrahmens.

Die Verwaltung wird den mit dem Ehrenamt begonnen Aushandlungsprozess wie bisher auf Augenhöhe fortführen. Grundlage dieser Verhandlungen ist allerdings die konsequente Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und die Intention, Ansätze von sexualisierter Gewalt gegen Kinder im Vorfeld zu verhindern.

Hier die derzeit einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen:

Sozialgesetzbuch (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163) § 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184g, 184i, 201a Absatz 3, den §§ 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.

(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sicherstellen, dass diese keine Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, beschäftigen.

(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass unter ihrer Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe über die Tätigkeiten entscheiden, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.

(4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sowie mit Vereinen im Sinne des § 54 sicherstellen, dass unter deren Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der freien Jugendhilfe Vereinbarungen über die Tätigkeiten schließen, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.

(5) Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen von den nach den Absätzen 3 und 4 eingesehenen Daten nur den Umstand, dass Einsicht in ein Führungszeugnis genommen wurde, das Datum des Führungszeugnisses und die Information erheben, ob die das Führungszeugnis betreffende Person wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist. Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen diese erhobenen Daten nur speichern, verändern und nutzen, soweit dies zum Ausschluss der Personen von der Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, erforderlich ist. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme

¹ Vgl. Auf Grenzen achten - Sicheren Ort geben (o. J.): in: *Evangelische Kirche in Deutschland*, [online] https://www.ekd.de/massnahmen_zum_schutz_praevention.htm [31.08.2020].

² Vgl. Bundeskinderschutzgesetz/ Führungszeugnis - dsj.de (o. J.): in: *Deutsche Sportjugend*, [online] <https://www.dsj.de/index.php?id=460> [31.08.2020].

keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens drei Monate nach der Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.

¹ Vgl. Schutzkonzepte (o. J.): in: *Initiative Kein Raum für Missbrauch*, [online]
<https://www.kein-raum-fuer-missbrauch.de/schutzkonzepte> [31.08.2020].

Anlagen:

Referentenentwurf BMJV Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder (Auszug)